

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dorothee Bär, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jörg Tauss, Martin Dörmann, Christoph Pries, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/4564 –

Weiterentwicklung des Adressraums im Internet

A. Problem

Das Internet ist aus Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Wichtig ist für die Nutzerinnen und Nutzer, dass Inhalte weltweit leicht und nachvollziehbar zu finden sind. Dabei spielt der Adressraum eine wichtige Rolle. CDU/CSU und SPD setzen sich in ihrem Antrag dafür ein, dass künftig auch regionale Bezeichnungen als Top-Level-Domain geführt werden dürfen. Die Bundesregierung soll auf internationaler Ebene außerdem darauf hinwirken, dass der Zeichensatz im Domain-Namensystem flexibilisiert wird, damit etwa auch Umlaute und Sonderzeichen aufgenommen werden können. Personenbezogene Daten, die im Zusammenhang mit der Registrierung einer Domain erfasst werden, sollen besser gegen Identitätsdiebstahl und anderen Missbrauch geschützt werden. Außerdem soll sich die Bundesregierung dafür stark machen, dass die Aufsicht über die Domain-Namenverwaltung mittelfristig internationalisiert wird.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4564 anzunehmen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender und Berichterstatter

Dorothee Bär
Berichterstatterin

Jörg Tauss
Berichterstatter

Dr. Lucrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Grietje Bettin
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dorothee Bär, Jörg Tauss, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen und Grietje Bettin

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/4564** wurde in der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. März 2007 dem Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung, dem Auswärtigen Ausschuss, dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Ausschuss für Tourismus und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass auch regionale und urbane Gemeinschaften in Deutschland als neue Top-Level-Domains zugelassen werden können. Die Bundesregierung soll ihren Einfluss geltend machen, damit die Verwaltung der Domains und Top-Level-Domains weiter im Rahmen einer Selbstverwaltung der Internetgemeinschaft unter Aufsicht einer internationalen Kooperation durchgeführt wird und zugleich die Rechte der Inhaber von Namensrechten gewahrt bleiben. Eine weitere Forderung ist auf die weitere Flexibilisierung des Zeichensatzes für das Domain-Namensystem gerichtet. Hier geht es darum, auch Umlaute und Sonderzeichen zuzulassen. Personenbezogene Daten, die mit den „Whois-Daten“ übermittelt werden, sollen gegen Identitätsdiebstahl und anderen Mitbrauch besser geschützt werden. Schließlich wird die Bundesregierung beauftragt, sich gemeinsam mit der deutschen Internet-Nutzerschaft sowie den europäischen Partnern für eine Internationalisierung der Aufsicht der Domain-Namenverwaltung einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Innenausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Rechtsausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Finanzausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfahl in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner Sitzung am 28. März 2007 beschlossen, den Antrag dem Unterausschuss Neue Medien zuzuleiten.

Der **Unterausschuss Neue Medien** hat den Antrag in seiner Sitzung am 21. Juni 2007 beraten und dem Ausschuss für Kultur und Medien Annahme empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** betonten das Erfordernis, den Adressraum im Internet zukunftsfähig zu gestalten und hoben den mit dem Antrag gewählten Ansatz, zukünftig regionalisierte Internet-Adressen zuzulassen, als richtungweisend hervor.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) sei viel zu kompliziert, deshalb sei man nicht glücklich über ihre Ausgestaltung. Im Zusammenhang mit dem vorgelegten Antrag gehe es allerdings nicht darum, die ICANN grundlegend zu ändern, sondern darum, den Adressraum zu entwickeln und ihn angesichts der dramatisch und zugleich erfreulich steigenden Zahl von Nutzern und Domains weiter zu öffnen. Es gelte, zu

vergebende Domains besser zu adressieren. Der vorliegende Antrag enthalte insofern vernünftige Forderungen und werde deshalb unterstützt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat den Standpunkt, dass mit der Umsetzung des vorgeschlagenen Ansatzes die Verwirrung womöglich noch vergrößert werde. Die gegenwärtige Länder- bzw. Organisationskennung einer Top-Level-Domain (TLD) biete bereits Möglichkeiten, regionale Bezüge herzustellen. Auch helfe die Initiative nicht, künftig Rechtsfragen einfacher zu beantworten und zu klären.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erkannte einige richtige Forderungen in dem Antrag an. Insbesondere sei es richtig, Konstruktion und Befugnisse der ICANN zu kritisieren oder eine Internationalisierung der Adressaufsicht zu fordern. In gewissen Punkten führe der vorgeschlagene Weg jedoch zu Orientierungsschwierigkeiten, etwa wenn für Begriffe unterschiedliche Schreibweisen angeboten würden. Ferner sei offen, wie man bei namensgleichen Städten vorzugehen gedenke. Ob die Einführung neuer Domains insgesamt zu einem Mehrwert für die Verbraucherinnen und Verbraucher führe, sei durchaus zweifelhaft.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag daraufhin in seiner Sitzung am 4. Juli 2007 ohne Aussprache abschließend beraten und Annahme empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 4. Juli 2007

Dorothee Bär
Berichterstatlerin

Jörg Tauss
Berichterstatler

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatler

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatlerin

Grietje Bettin
Berichterstatlerin